

# Wohlverdienter Rückschlag für ideologisch motivierte Investitionen

geschrieben von Chris Frey | 8. Juni 2022

## [H. Sterling Burnett](#)

Das Heartland Institute hat über wache Unternehmenseliten und staatliche Regulierungsbehörden berichtet und sie dafür kritisiert, dass sie der US- und der Weltwirtschaft einen „Great Reset“ aufzwingen wollen. Die radikale Idee hinter dem „Great Reset“ besteht darin, die Verfolgung progressiver politischer Ziele zum Hauptziel von Unternehmen und Investoren zu machen. Dazu gehören der Kampf gegen den Klimawandel und die Indoktrination von Kindern.

Das Heartland Institute hat ausführlich über die von Regierungsbehörden ausgehenden Gefahren geschrieben und zu den Vorschriften Stellung genommen, wonach Banken, Unternehmen und Portfoliogesellschaften Umwelt-, Sozial- und Governance-Standards (ESG) einführen und darüber berichten müssen. Heartland hat auch detaillierte Kritik an den Bemühungen einer Kabale von großen, multinationalen Banken und gigantischen Finanzunternehmen geübt, jedes Unternehmen zur Übernahme von ESG-Zielen zu zwingen. Die wortgewandten, milliardenschweren Konzerneliten, die diese Unternehmen leiten, tun dies, indem sie damit drohen, Bank- oder Finanzdienstleistungen zurückzuziehen, oder indem sie durch ihre Kontrolle über große Teile der Aktien eines Unternehmens Druck ausüben.

In einer gemeinsamen Anstrengung mit gleichgesinnten gemeinnützigen Organisationen haben die Experten für Regierungsbeziehungen des Heartland Institute dagegen angekämpft, indem sie mit Gesetzgebern in verschiedenen Bundesstaaten zusammengearbeitet haben, um Modellgesetze zu erarbeiten und zu verabschieden, die die Verwendung von ESG-Kriterien bei der Entscheidung über das Angebot von Bank- und Investitionsdienstleistungen blockieren. Diese Bemühungen haben Früchte getragen. Einige Bundesstaaten haben erfolgreich Gesetze erlassen, die das Investieren nach ideologischen Prinzipien in Frage stellen. Gesetzgeber in anderen Staaten haben Gesetzesentwürfe eingebracht und Anhörungen abgehalten, bei denen Heartland-Mitarbeiter als Zeugen auftraten, obwohl keine Abstimmungen stattfanden, bevor die Legislaturperiode abgelaufen war. Die Gesetzgeber haben sich verpflichtet, diese Gesetzesentwürfe zu Beginn der nächsten Sitzungsperiode erneut einzubringen.

Auf Bundesebene haben die Gouverneure von 16 Bundesstaaten kürzlich Präsident Joe Biden in einem Schreiben aufgefordert, den Vorschlag der US-Börsenaufsichtsbehörde (SEC) zurückzuziehen, der börsennotierte Unternehmen dazu zwingen würde, Rechenschaft über so genannte Klimarisiken und Treibhausgasemissionen für sich selbst und die

Unternehmen in ihren Lieferketten abzulegen und Daten darüber zu veröffentlichen. Die Gouverneure argumentieren, der Vorschlag sei ungerechtfertigt, liege außerhalb der Befugnisse der SEC, würde der Wettbewerbsfähigkeit der US-Wirtschaft schaden und die Renditen für die Investoren, einschließlich der bereits stark unterfinanzierten öffentlichen Pensionsfonds, verringern.

Darüber hinaus haben Repräsentant Chip Roy (Republikaner aus Texas) und sieben weitere Mitglieder des US-Repräsentantenhauses einen Gesetzentwurf vorgelegt, der es dem bundesstaatlichen Thrift Savings Plan (TSP) untersagt, US-Steuer Gelder in ESG-Fonds zu investieren. Der „No ESG at TSP Act“ würde es dem TSP verbieten, Teilnehmern zu erlauben, ihre Altersvorsorgegelder in Fonds zu investieren, die Investitionsentscheidungen auf der Grundlage von ökologischen, sozialen, Governance- oder anderen politischen Kriterien treffen. Das Streben nach Gewinnen zur Maximierung der Fondserträge und nicht nach fortschrittlichen politischen Zielen sollte im Mittelpunkt der staatlichen Sparpläne stehen, argumentieren Roy und seine Kollegen.

Obwohl unsere Bemühungen, den „Woke/Great Reset/ESG/Green New Deal“-Zug zum Entgleisen zu bringen, zunächst unter dem Radar stattfanden, haben unsere Erfolge in letzter Zeit die Aufmerksamkeit der progressiven politischen und wirtschaftlichen Eliten und ihrer Schoßhündchen in den Konzernmedien erregt. Mehrere Nachrichtenagenturen wie Associated Press und die New York Times haben in den letzten Wochen und Monaten Artikel veröffentlicht, die das gleiche einfache, aber irreführende Narrativ verbreiteten: Rechtsgerichtete Gruppen und Politiker untergraben das Recht der Unternehmen, den Klimawandel und die rassistische und sexuelle Ungleichheit zu bekämpfen, und schaden damit amerikanischen Investoren, der Wirtschaft und der Umwelt, so das Argument.

In einem Artikel mit der Überschrift „GOP\* directs culture war fury toward green investing trend“ [etwa: GOP lässt seinen Ärger in den Kulturkampf gegen den Trend zu grünen Investitionen einfließen] beschreibt AP die Situation wie folgt:

[\*GOP = Grand Old Party = die Republikaner. A. d. Übers.]

*Die Republikaner wehren sich gegen die zunehmenden Bemühungen der Wall Street, bei ihren Investitionsentscheidungen Faktoren wie langfristige Umweltrisiken zu berücksichtigen. Dies ist das jüngste Anzeichen dafür, dass die GOP bereit ist, ihre Beziehungen zu großen Unternehmen zu beschädigen, um im Kulturkampf zu punkten.*

*Viele zielen auf ein Konzept ab, das als ESG bekannt ist und für Umwelt, Soziales und Unternehmensführung steht – ein nachhaltiger Investitionstrend, der sich in der Finanzwelt durchsetzt. Beamte der roten Bundesstaaten verhöhnen es als politisch korrekt und „woke“ und versuchen, Investoren, die Verträge mit Staaten abschließen, davon abzuhalten, es auf irgendeiner Ebene zu übernehmen. ...*

*In den Parlamenten der Bundesstaaten werden die Bemühungen gegen grüne Investitionen von konservativen Gruppen wie dem American Legislative Exchange Council und dem Heartland Institute unterstützt, einer Denkfabrik, die dem wissenschaftlichen Konsens über den vom Menschen verursachten Klimawandel skeptisch gegenübersteht.*

Die Beschreibung dieses „Investitionstrends“ als „nachhaltig“ ist falsch. Die Daten zeigen, dass gewinnorientierte Unternehmen und diversifizierte Anlageportfolios im Allgemeinen höhere Renditen erwirtschaften und im Wettbewerb besser abschneiden als Unternehmen, die von politischen Bedenken geleitet werden. Das gilt auch für Portfolios, die Aktien fossiler Brennstoffe enthalten. Unternehmen, die sich auf die Bekämpfung des Klimawandels, die Förderung der Vielfalt oder der amorphen Gleichberechtigung oder die Förderung der Rassen- oder Sexualpolitik konzentrieren, schneiden weniger gut ab als Unternehmen, die sich auf die Gewinnmaximierung durch die Herstellung von Waren und Dienstleistungen konzentrieren, die die Verbraucher wünschen. **Indem sie dies verschweigen, zeigen die Mainstream-Medien, dass die Fakten für sie keine Rolle spielen**, solange sie „tugendhaft“ handeln: Sie täuschen die Menschen im Dienste des Allgemeinwohls, das als progressiver Linkismus definiert wird.

[Hervorhebung vom Übersetzer]

Der Kampf, den das Heartland Institute, die Gesetzgeber und andere Gruppen führen, zielt nicht darauf ab, jemanden daran zu hindern, Investitions-Entscheidungen aus politischen Gründen zu treffen. Sie können dies bereits tun, wie die Verbreitung von sozial verantwortlichen Investmentfonds beweist. Wir versuchen vielmehr zu verhindern, dass Big Government, die großen Banken und die großen Investmenthäuser ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluss nutzen, um jeden zu zwingen, die gleichen politischen Ziele zu unterstützen oder liberale Politik über die Maximierung der Unternehmenserträge und die steuerliche Solidität der Rentenfonds zu stellen. In dem AP-Bericht wird ein Republikaner zitiert, der erklärt, wofür er im Kampf gegen das erzwungene ESG-Scoring kämpft:

„Ich glaube nicht, dass wir noch die Partei des Großkapitals sind“, sagte der Schatzmeister von West Virginia, Riley Moore, laut AP. „Wir sind die Partei der Menschen – genauer gesagt, wir sind die Partei der arbeitenden Menschen. Und das Problem, das wir haben, sind die großen Banken und Unternehmen, die gerade versuchen, uns vorzuschreiben, wie wir unser Leben leben sollen.“

Das stellt die gängige Wahrnehmung der politischen Parteien auf den Kopf, nicht wahr? Im Krieg zwischen Wachsamkeit und Korporatismus sind die Republikaner, nicht die Demokraten, sozusagen die Partei der kleinen Leute, und die Demokraten, nicht die Republikaner, die Partei der Tyrannen des Großkapitals.

Ob es nun daran liegt, dass unsere Botschaft einen gewissen Erfolg hat, oder daran, dass amerikanische Investoren einfach verstehen, was auf dem Spiel steht – eine kürzlich durchgeführte Umfrage zeigt, dass die meisten Investoren mit der Ansicht des Heartland Institute übereinstimmen, dass **Unternehmen Gewinne und nicht politische Ziele verfolgen sollten**. Ein Bericht in The Daily Caller berichtet über die Antworten in einer kürzlich durchgeführten Umfrage:

[Hervorhebung vom Übersetzer]

*Amerikanische Investoren wollen mit überwältigender Mehrheit, dass Unternehmen, in die sie investieren, aufhören zu predigen und stattdessen Gewinne anstreben, und sie wollen nichts mit der Umwelt-, Sozial- und Governance-Bewegung (ESG) zu tun haben, wie eine exklusive Umfrage von Daily Wire/Echelon Insights zeigt.*

*Die Umfrage unter mehr als 1.000 Anlegern ... ergab, dass die Amerikaner wollen, dass die Unternehmen, in die sie investieren, Gewinne anstreben anstatt politische Agenden zu fördern, die nicht zum Auftrag der Unternehmen gehören. Während 29 % der Befragten zustimmten, dass es eine „gute Sache“ ist, wenn Unternehmen ihre finanzielle Macht für politische oder soziale Zwecke einsetzen, die von Führungskräften unterstützt werden, sagten 58 % – doppelt so viele – dass es eine „schlechte Sache“ ist.*

*Die Daten sind eindeutig: Die Anleger wollen, dass sich die Unternehmen auf die Schaffung von Shareholder Value konzentrieren, indem sie ihren Kunden hervorragende Produkte und Dienstleistungen liefern, und nicht auf die Förderung sozialer oder politischer Agenden“, sagte der Unternehmer und ehemalige Pharmamanager Vivek Ramaswamy, ... der vor kurzem eine Vermögensverwaltungsfirma gegründet hat, die mit einem „Exzellenzkapitalismus“-Ansatz mit BlackRock, Vanguard und State Street konkurrieren soll.*

*„Die Entpolitisierung von Corporate America sollte keine Frage des linken oder rechten Flügels sein“, sagte Ramaswamy. „Es hat nichts mit Parteipolitik zu tun. Ein unpolitischer Privatsektor ist eine Voraussetzung dafür, dass ein ansonsten gespaltenes Land zusammenkommen kann. Er ist eine Art Zufluchtsort abseits der Politik. Wenn wir das verlieren, ist das der Anfang vom Ende des amerikanischen Experiments.“*

Es sind aufregende und gefährliche Zeiten für die US- und die Weltwirtschaft. Es ist wichtig, wachsam und gut informiert zu bleiben. Je mehr man über die ESG/Great Reset-Bewegung erfährt, desto besser versteht man die Gefahr, die sie darstellt und warum wir sie bekämpfen müssen. Ich ermutige unsere Leser, sich dem Kampf anzuschließen und die Bemühungen des Heartland Institute zu unterstützen. Wir kämpfen für Ihre freie Wahl auf dem Markt und eine Rettung [nicht nur] der US-Wirtschaft.

Quellen: [Stopping Socialism](#); [Climate Change Weekly](#); [Climate Change Weekly](#); [The Heartland Institute](#); [Stopping ESG](#); [The New York Times](#); [The](#)

[Daily Wire; The Raleigh News & Observer; Daily Caller; Rep. Chip Roy](#)

Link:

<https://www.heartland.org/news-opinion/news/woke-investing-gets-well-deserved-pushback>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE